

Sechsmonatige Übergangsfrist steht bevor

Stadtdirektor Mevert scheidet erst am 31. März 2007 aus / Die meisten Obernkirchener rechnen mit einer Stichwahl

Mit wem man in der Bergstadt auch spricht, nahezu überall bekommt man diese Auffassung zu hören: Der erste hauptamtliche Bürgermeister wird am Abend des 10. September noch nicht feststehen. Fast jeder ist davon überzeugt, dass es eine Stichwahl geben wird. Wegen der Größe der politischen Lager erwarten viele einen Zweikampf zwischen dem Kandidaten der SPD und dem der CDU. Aber vielleicht sei diese Rechnung auch zu einfach, geben einige Experten zu bedenken. Es könne ebenso einen „lachenden Dritten“ geben.

Obernkirchen. Dass jemand aus dem Bewerber-Sextett mehr als 50 Prozent der Stimmen und damit im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erzielt, wird weitgehend ausgeschlossen. Ein zweistelliges Ergebnis wird allen zugetraut, und damit wird eine Stichwahl zwischen dem am Ende vorn liegenden Duo unerlässlich. Sie erfolgt zwei Wochen später, also am 24. September.

Der oder die „Neue“ kann den Dienst jedoch erst am 1. April 2007 antreten. Denn der amtierende Stadtdirektor Wilhelm Mevert scheidet nicht früher als am 31. März aus. Er wurde 1995 für zwölf Jahre gewählt. Damit räumt Wilhelm Mevert als einer der letzten Verwaltungschefs in Niedersachsen seinen Stuhl für den hauptamtlichen Bürgermeister, dessen Amtszeit laut der Niedersächsischen Gemeindeordnung auf acht Jahre begrenzt ist, wenn er nicht wieder gewählt wird.

Der Gesetzgeber hat erkannt, dass eine Amtszeit von fünf Jahren, parallel zur Legislaturperiode des Rates, zu kurz für wichtige kommunale Weichenstellungen wäre. Damit bleibt es dabei, dass die Bürger künftig gesondert zur Wahlkabine gebeten werden, um über das Stadtoboberhaupt abzustimmen.

Die Mehrheit des Obernkirchener Rates hatte sich – vornehmlich aus Kostengründen – dafür ausgesprochen, diese Entscheidung mit den ohnehin anstehenden Wahlen des Stadtrates und der Ortsräte zu verbinden. Der Zeitpunkt der ersten konstituierenden Ratssitzung nach den Wahlen steht bereits fest. Am 22. November wird zum letzten Mal ein ehrenamtlicher Bürgermeister zusammen mit zwei Stellvertretern bestimmt. Auch der Verwaltungsausschuss und alle zusätzlichen Fachausschüsse sind dann neu zu besetzen.

Diese Konstellation ändert sich dann aber bereits ab dem 1. April wieder. Nach der Amtseinführung des ersten hauptamtlichen Bürgermeisters, der dem Rat mit Sitz und Stimme angehört, gibt es auch Änderungen in den Ausschüssen, in denen das neu gewählte Stadtoboberhaupt vorher in seiner Funktion als Ratsmitglied vertreten war. Wenn Wolfgang Seele oder Astrid Semler gewählt werden, halten sich die Änderungen in Grenzen, denn beide gehören der Stadtverwaltung an und können deshalb auch als Einzelkandidaten nicht für den Rat antreten.

Sollte einer der anderen Bewerber zu diesem Zeitpunkt Mitglied des neuen Rates sein und danach zum Bürgermeister gewählt werden, dann rückt der oder die Nächste auf der Liste nach. Das neue Stadtoboberhaupt hat zwar die Sitzungen des Verwaltungsausschusses und des Rates vorzubereiten, aber er wird sie nicht leiten. Dafür hat der Gesetzgeber die Funktion des Ratsvorsitzenden geschaffen. Das ist eine ehrenamtliche Aufgabe, für die es auch keine Aufwandsentschädigung gibt. Etwas anderes ist es, wenn der Ratsvorsitzende gleichzeitig zum stellvertretenden Bürgermeister gewählt wird und damit auch Repräsentationspflichten übernimmt. Die Funktion eines stellvertretenden Leiters der Stadtverwaltung ist dann auch wieder zu vergeben. Zurzeit hat sie Bernhard Watermann inne.

Der zunächst noch bis zum 10. September amtierende Bürgermeister Horst Sassenberg hat sich sachkundig gemacht, was so alles aufgrund geänderter Vorschriften der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der nächsten Zeit auf ihn zukommt. Ihm ist klar, dass es am Ende eine schwierige Patt-Situation in der Bergstadt geben kann. Zu den 23 zu vergebenden Sitzen kommt der künftige hauptamtliche Bürgermeister hinzu. Das könnte unter Umständen auf einen Stimmenanteil von 12:12 hinauslaufen.

Das kann dann problematisch werden bei den personellen Entscheidungen im Rat und bei den Besetzungen der Ausschüsse. Sassenberg hofft, dass es nicht dazu kommt, meint aber, dass in der Demokratie auch solche Situationen vernünftig gemeistert werden müssen. Möglicherweise löst der Wähler ja diesen befürchteten gordischen Knoten schon auf. sig